

spd/II/87

Hannover, 28. Oktober 1947
Telefon: 20951/52

Gerüchte, Enttäuschungen, Erkenntnisse
Berliner Bericht

K.W. Berlin, im Oktober 1947

In Berlin geht ein Gerücht um. Je näher der Termin der Londoner November-Konferenz rückt, desto üppiger schießt es ins Kraut. Es heißt dreiste Hypothesen, und es regnet Dementis. Und immer geht es darum ob die westlichen Alliierten die Stadt verlassen werden oder nicht. London mit seiner düsteren Ungewissheit und seiner zu allen Zweifeln berechtigenden Vorstimmung ist der rechte saftige Boden für das Gedeihen solcher Gerüchte. Eine der letzten Abarten wollte wissen, daß die SPD mit den westlichen Mächten über eine Abtrennung der drei Westsektoren aus dem Gesamtversorgungsverbände Berlin unterhandele. Es gibt, wie man sieht, Variationen, die selbst der kühnsten Phantasie neue Nahrung geben.

Das geschieht alles fast genau ein Jahr nach dem Tag, an dem Berlin für ganz Deutschland und die Mächte der Welt mit seiner Oktoberentscheidung dem Totalitarismus eine so imponierende Absage erteilt hatte. Es war die Stunde der Hoffnung auf die Macht der Selbstbestimmung. Dies Jahr hat mit der Hoffnung Bitternis und arge Erfahrung genug gebracht. Und wenn heute über Bleiben oder Gehen der Westmächte in Berlin das Gespräch durch die Zimmer und Korridore zieht, dann ist es vermischt mit den Erfahrungen, die die ehemalige Hauptstadt Berlins mit dem Kampf um die Freiheit und Selbstbestimmung ein langes Jahr sammeln konnte. Aber die Meinung General Robertsons, daß selbst nach einem Scheitern der Londoner Konferenz gerade der Alliierte Kontrollrat und damit die Viermächtekonstruktion Berlins als einziges Bindemittel zwischen Ost und West erhalten bleiben müßte und würde, trifft den Realismus Berlins in hohem Maße.

Als vor einem Jahre die Sozialdemokratie daran ging, aus dem hohen Wahlsieg für die Selbstbehauptung der Stadt die Konsequenzen zu ziehen, wußte sie, welche ungewöhnlich schweren Hemmnisse ihren Weg über das allgemeine Maß der deutschen Meinungen hinaus in Berlin erschweren würden. Sie sah voraus, daß der Gegensatz gegen die sowjetische Besatzungsmacht, in den sie die bewußte Agitation der SED alias KPD hineinpolemisierte, ihre Arbeit beträchtlich hemmen müßte. Aber sie konnte nicht voraussehen, daß er sie beinahe illusorisch machen würde. Berlin hat in diesen zwölf Monaten erlebt, daß unter einem Viermächtestatus der heutigen weltpolitischen Konstellation

nicht einmal die Voraussetzungen zur demokratischen Arbeit zu erstellen sind. 45 Stadtverordnungsitzungen hat die Stadt hinter sich gebracht, hunderte von Beschlüssen gefaßt, ohne daß nachzuweisen wäre, welcher dieser Beschlüsse von nennenswertem Charakter heute Wirklichkeit geworden wäre. Das Kontrollsystem der Viernächtekommandantur, das auf das Prinzip der Einstimmigkeit aufgebaut ist, hat überwiegend das Berliner Leben dieser Monate bestimmt durch Vetos und Befehle, durch Empfehlungen und Verschiebungen.

In einer solchen ständig akuten Kontrollatmosphäre suchte Berlin sein Leben einzurichten. Jegliche Rohstoffbasis fehlt ihm, jegliche landwirtschaftliche Autarkie ist ihm fremd; eine Riesenstadt, deren wohnbarste (und schönste) Teile die Wohn- und Verwaltungsviertel von vier Besatzungsmächten sind, deren andere schwer vom Bomben- und Erdkrieg heimgesucht sind, braucht für Arbeit und Leben die Welt um sich. Diese Welt aber ist zunächst die russische Zone, und in ihr befiehlt eine Besatzungsmacht und herrscht eine Partei, die zusammen der in Berlin siegreichen und verantwortlichen SPD mit ausgesprochen ablehnender Haltung begegnen und die sie in ihrer Zone verboten und unterdrückt haben. So schafft dieser paradoxe Zustand eine nicht abreißende Kette von Erschwerungen des öffentlichen Lebens.

Die Bilanz, die Berlin nach diesem Jahre ziehen kann, ist deshalb auch vor allem und in vornehmster Weise die Bilanz einer politischen Bewährung, wie sie wohl keine deutsche Stadt und kein deutsches Land seit 1945 aufzuweisen brauchte. Der äußere Erfolg der Stadt im Kampf um die demokratische Selbstverwaltung mag von der großen Masse der Hungernden und Friedlosen, der nach Arbeit und Werk Umschau haltenden nicht voll gewürdigt werden können. Die Existenz der sozialdemokratisch geführten Stadt Berlin inmitten einer mit allen mitteln der Macht zur totalen Beherrschung drängenden Kräfte ist ein Beispiel sozialistischer Selbstbehauptung, das für Deutschland und für das Europa der Freiheit steht. Der Stimmentzettel für die Freiheit vor einem Jahr war eine einmalige Entscheidung. Das stetige, mühevoll eintreten für diese Entscheidung gegen alle Enttäuschungen und Erschwerungen - das war die große Leistung Berlins im vergangenen Jahr. Es ist eine Leistung, an der die zähe Beharrlichkeit der SPD größten Anteil hat.

Der Sieger ist weniger

(Eigenbericht) F. St. New York,

Mitte Oktober 1947

Gestern drückte mir auf der Straße ein Kind einen Flugzettel in die Hand, eine Einladung zu einer Versammlung im Schulhaus, gleich um die Ecke, in der das neue Truman-Programm zur Rettung Europas besprochen werden soll. Solche Zettel werden jetzt überall verteilt, solche Versammlungen überall abgehalten, in allen Teilen New Yorks, in allen Städten der Vereinigten Staaten. Millionen Menschen diskutieren die Frage, ob sie weniger essen sollen, damit die Menschen draußen in der Welt etwas mehr zu essen haben.

Ein solches Funktionieren einer großen Demokratie ist an sich schon imponierend. Auch wenn man über das praktische Ergebnis skeptisch

tisch denkt, bleibt der große moralische Eindruck. Während des ersten Weltkrieges erfanden die Alldeutschen das Schlagwort: "Der Sieger ist zuerst". Jetzt heißt es hier: "Der Sieger soll weniger essen, damit die Besiegten nicht verhungern". Und jetzt ist es der wirkliche Sieger, nicht bloß der eingebildeste, der so spricht.

Gewiß sind auch in diesem Lande gemeine Rachsucht, blinder Konkurrenzneid und überhaupt alle schlechten menschlichen Eigenschaften reichlich vorhanden. Daneben gibt es aber auch andere, bessere. Die Zyniker, die alles für bloßes Theater erklären, für ein Manöver der Machtpolitik, um Bundesgenossen zu werben, haben unrecht. Für viele Amerikaner ist die Frage, was sie tun können, um den Hungern den zu helfen, ein Gegenstand innerer Auseinandersetzung und erster sittlicher Verantwortung.

Wirtschaftlich steht Amerika vor einem schwierigen Problem. Es gibt die Lebensmittelproduktion auch immer noch Erträge, die den Eigenbedarf übersteigen, so sind die Überschüsse längst nicht mehr so groß, daß aus ihnen alle Hungernden der Welt gesättigt werden könnten. Darum der Ruf der Regierung nach Drosselung des inneren Verbrauchs. In der freien Wirtschaft vollzieht sich diese Drosselung automatisch durch Anziehen der Preise. Es wird weniger gekauft, weil die große Masse nicht Geld genug hat, um mehr zu kaufen. Mit diesem automatischen Funktionieren der "freien" Wirtschaft sind aber die Menschen hierzulande gar nicht einverstanden, und der Ruf nach einer staatlichen Preiskontrolle, wie sie während des Krieges bestand, wird immer lauter. So wiederholt sich hier die uns Europäern nicht unbekannt Erscheinung, daß auch die prinzipienfestesten Anhänger der "freien" Wirtschaft sofort die Hilfe des Staates fordern, wenn sich die Freiheit der Wirtschaft nicht zu ihrem Vorteil, sondern zu ihrem Nachteil auswirkt.

Dazu kommt, daß die automatische Drosselung des Konsums durch hohe Preise gerade bei denen beginnt, die am wenigsten verdienen, so daß die Mahnung, weniger zu essen, bei ihnen am schlechtesten angebracht ist. Und auch in Amerika gibt es viele Menschen, die weit davon entfernt sind, im Überfluß zu schwelgen.

Ganz falsch wäre es, zu glauben, daß Amerika alles kann, wenn es nur will. An dem ernstesten Willen der Maßgebenden, zu helfen, kann gar kein Zweifel bestehen, denn wo der sittliche Antrieb ermattet, hilft die Angst vor dem Kommunismus nach. Die Wiederauferstehung der Komintern wurde auf solche Weise zu einem kräftigen Antrieb für die Durchführung des Marshallplanes. Man kämpft gegen den Hunger, weil man weiß, daß man nur auf diese Weise den Kommunismus bekämpfen kann. Man wird schließlich, um diesen Kampf zu gewinnen, auch vor staatlichen Eingriffen in die "freie" Wirtschaft nicht zurückschrecken. Der Erfolg hängt freilich von Umständen ab, die nicht alle vom menschlichen Willen bestimmt werden, wie vor allem vom Sommerwetter der nächsten Jahre. Man kann nur hoffen, daß die Unglückspropheten, die für Amerika eine neue Trockenperiode mit zurückgehenden Ernten ankündigen, Unrecht behalten werden.

Amerikanische Gewerkschaftskongresse

Rückblick auf zwei Tagungen - Rüstung zur politischen Aktion

s.a. New York

Die Gewerkschaftskongresse der American Federation of Labour und des Congresses for Industrial Organizations, die zusammen mit einer dritten Gruppe der unabhängigen Eisenbahnverbände 15 Millionen organisierte Arbeiter in den Vereinigten Staaten umfassen, waren in ihrem Ausklang zwei gewaltige politische Demonstrationen des gewerkschaftlichen Willens zur Macht.

Die A F of L, die seit einem Menschenalter abgelehnt hatte, in die politischen Wahlen in irgendeiner organisierten Form einzugreifen, hat in San Francisco die Gründung eines besonderen politischen Organs der "Labour Educational und Political League" beschlossen, der nach einer Neuregelung der Beiträge im Wahlkampf 1948 etwa drei Millionen Dollar zur Verfügung stehen dürften. Der CIO hatte bereits 1944 das Political Action Committee geschaffen, das ebenfalls für den kommenden Wahlkampf mit verstärkten finanziellen Mitteln ausgestattet sein wird. Die Arbeiterwähler sollen neben der Aufhebung des Anti-Gewerkschaftsgesetzes im Wahlkampf den Sturm auf die Preisinflation und ihre Urheber aufnehmen.

Das außenpolitische Programm beider Gewerkschaftsbünde ist auf den Marshallplan konzentriert. Die kommunistisch kontrollierte Opposition des CIO war nach einer persönlichen Ansprache George C. Marshalls auf dem Kongreß in Boston nicht mehr auf ihre Rechnung gekommen und Präsident Murray faßte die Debatte in einem betonten Bekenntnis seiner Industrieverbände zur Plage der Vereinigten Staaten von Amerika zusammen.

Der CIO bestätigte zwar in einer Resolution, die ohne jede Aussprache mit 40 anderen Entschliessungen angenommen wurde, noch einmal seine Zugehörigkeit zur World Federation of Trade Unions, der auch die russischen Gewerkschaften angeschlossen sind, doch war dieses lauwarme Bekenntnis zum Weltgewerkschaftsbund wohl die schwächste Stelle des ganzen Kongresses. Auf dem AF of L - Kongreß saß Arthur Dekaan, der Vorsitzende der Weltgewerkschaft, in seiner Eigenschaft als Delegierter der britischen Trade Unions, ohne zu der großen außenpolitischen Debatte auch nur ein Wort zu sagen. Umso deutlicher wurden die Führer der AF of L in ihrer Verurteilung der World Federation und der Willensbekundung zur Schaffung einer neuen Internationale der demokratischen Gewerkschaften. Die Differenz zwischen den beiden amerikanischen Gewerkschaftsbünden zur Weltgewerkschaft bildet neben anderen Ursachen heute einen wesentlichen Grund, weshalb die Herstellung einer nationalen Gewerkschaftseinheit immer wieder scheiterte. Die innere Krise der sogenannten Weltgewerkschaft ist diesmal offenbar geworden, der Schlüssel zu ihrer Lösung liegt bei den britischen Trade Unions und dem CIO.

Dieses notwendige innere Ringen der anglo-sächsischen Gewerkschaften um ihr Verhältnis zur Arbeiterschaft der Welt ändert aber nichts an der gewaltigen Solidaritätskundgebung, wie sie von den Kongressen in San Francisco und Boston zum Ausdruck gekommen ist. Die Isolation Amerikas gehört der Vergangenheit an. Das mächtige

Land hat aufgehört ein Pionierland zu sein, es will künftig führend an der Demokratisierung der Welt mitwirken. Auch die Gewerkschaften der USA haben auf ihren historisch bedeutsamen Tagungen von 1947 ihre Entschlossenheit und Bereitschaft gezeigt, Vorkämpfer zur weltweiten Organisation aller Arbeiter aller Länder zu sein. Die politische Aktion der AF of L und CIO von 1947 öffnet auch für die Werktätigen in Deutschland und Europa das Tor ins Freie.

Von einem besonders guten Kenner der innerfranzösischen Entwicklung erhalten wir einige Hinweise auf ein durch den de Gaulle-Sieg aufgeworfenes Spezialthema, das uns symptomatische Bedeutung zu haben scheint.

Die Redaktion

Klare Scheidung im M.R.P.

Zur Niederlage des politischen Katholizismus in Frankreich

Von größter Bedeutung für die Zukunft Frankreichs und weit darüber hinaus für die gesamteuropäische Entwicklung ist der Zusammenbruch des politischen Katholizismus. Die Christliche Volkspartei (M.R.P.) die in ihrer Struktur der deutschen CDU entspricht, hat eine Niederlage erlitten, wie wohl selten eine Partei. Sofort nach der Befreiung Frankreichs nahm diese Partei einen ungeahnten Aufschwung. Sie galt als das Sammelbecken aller Elemente, die auf christlicher Grundlage soziale und zum Teil sogar sozialistische Bestrebungen unterstützten.

Es stellte sich jedoch bald heraus, daß in Innern der Partei die sozialistischen Elemente immer mehr verdrängt wurden und daß ihre Führung langsam aber sicher eine besitzerhaltende Politik mit Berufung auf die christliche Sozialethik betrieb. Ähnlich wie in Deutschland innerhalb der CDU ergaben sich daraus beträchtliche Spannungen, die nur durch die Tatsache verschleiert wurden, daß es bis zu diesem Zeitpunkt keine eigentliche Rechtspartei gab. Mit dem Auftreten de Gaulles und seiner "Volks-Union", haben sich - wie das Ergebnis der Gemeindewahlen deutlich zeigt - die rechten Elemente der Christlichen Volkspartei aus dem ursprünglichen Sammelbecken eines fortschrittlichen Katholizismus wieder entfernt. Die Partei verlor die Hälfte ihrer Stimmen und ist damit im politischen Leben Frankreichs auf den dritten Platz gerückt.

Nachdem sich innerhalb der Christlichen Volkspartei eine klare Scheidung zwischen den "rechten" und den "linken" Elementen vollzogen hat, ist es nicht ausgeschlossen, daß zwischen Letzteren und den Sozialisten eine Annäherung stattfindet, die weit über den Rahmen der bisher üblichen parlamentarischen Koalition hinausgeht. Bereits auf dem letzten Parteitag der sozialistischen Partei Frankreichs in Lyon, war von einer derartigen Möglichkeit die Rede. Sie konnte jedoch keine klaren Formen annehmen, so lange sie nicht bei der Christlichen Volkspartei die Spreu von den Weizen getrennt hatte.

Dies ist nun geschehen, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, dann entwickelt sich in Frankreich eine Neuformulierung der freiheitlichen sozialistischen Kräfte auf der Grundlage der neu geschaffenen politischen Realitäten. Da auch in Italien ähnliche Vorgänge beobachtet werden, und da man schließlich auch in Deutschland weiß, daß

die CDU zunächst nur eine Verlegenheitspartei ist, in der man sich ohne genaue ~~Abgrenzung~~ konkreter politischer Ziele zusammenfinden können, können sich in den nächsten Wochen und Monaten neue Perspektiven für die Sammlung des demokratischen Sozialismus ergeben.

"Die Neue Zeitung", das Blatt der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, äußert sich zur gleichen Frage folgendermaßen:

"Überraschender erscheint jedoch auf den ersten Blick die Niederlage der Christlich-Sozialen. Um diese zu erklären, muß man an einen Umstand erinnern, auf den schon im vorigen Jahr bei Gelegenheit der Würdigung der Wahlergebnisse des 10. November hingewiesen worden war. Gleich nach der Befreiung stieß eine große Zahl von Wählern zur MRP, die mit den Idealen der Partei nur wenig zu tun hatte. Die MRP war als katholische Widerstandsbewegung entstanden, aber zahlreiche frühere Anhänger der Vichy-Regierung hielten es für klug, bei der MRP unterzuschlüpfen, in der Hoffnung, dadurch einer bis ins Extrem getriebenen Säuberungsaktion zu entgehen, die von der äußersten Linken gefordert wurde. Mit dem Auftreten de Gaulles und seiner Volksbewegung änderte sich die Lage für sie. Sie brauchten jetzt nicht mehr eine Bewegung zu unterstützen, die ihren geheimen Absichten nicht entsprach. Dazu kommt, daß auch in den Kreisen des militanten Katholizismus eine wachsende Unzufriedenheit mit der Regierung fühlbar wird, deren Politik nach Ansicht mancher Vertreter dieser Kreise Frankreich an den Abgrund des Bankrotts und der Anarchie führe. Die MRP ist durch die jetzigen Wahlen von einer Menge von Parasiten befreit worden. Fast überall sind ihr die Wähler aus den Kreisen der Arbeiter treu geblieben".

(b/B32/2810/1/hs)

Unions-Parlament 28. November

A.F. Paris

Nach den Bestimmungen der Verfassung der Vierten Republik ist Frankreich bekanntlich kein Imperium alten Stils mehr. Seine überseeischen Besitzungen bilden gemeinsam mit dem Mutterland die Französische Union, deren demokratische Rechte und Freiheiten ständig erweitert werden sollen. Das erste Parlament der Französischen Union wird in Versailles am 28. November 1947 zusammentreten. Es hat 240 Mitglieder, je zur Hälfte Vertreter des Mutterlandes und der Kolonien. Die überseeischen Vertreter sind von den örtlichen Körperschaften gewählt worden.

Frankreich, die Tschechoslowakei und Polen

(Eigenbericht) A.F., Paris, 25. Oktober 47

Nach Abschluss der französisch-sowjetischen und französisch-britischen Bündnisverträge hat sich Frankreich auch mit Warschau und Prag wegen der Vervollständigung seines Bündnissystems gegen einen etwaigen deutschen Angriff in Verbindung gesetzt. Die Verhandlungen ziehen sich nun seit Monaten hin und konnten bisher noch zu keinem Abschluss gebracht werden. Die Nachricht eines Abbruchs der Bemühungen infolge der augenblicklichen weltpolitischen Konstellation wurden zwar sowohl in Prag und Warschau, als auch in Paris dementiert, man darf aber trotzdem annehmen, dass die Erfolgsaussichten für diese beabsichtigten Allianzen mehr als gering sind. Sie haben einerseits stark an Interesse verloren, weil es offenbar geworden ist, dass in Zukunft Deutschland nicht mehr der Schwerpunkt der europäischen Sicherheit ist. Andererseits entsprechen sie nicht mehr der Gesamtorientierung der west- und osteuropäischen Aussenpolitik. Es ist bezeichnend, dass sich die Verhandlungspartner bisher nicht über das Ausmass ihrer Verpflichtungen zu einigen vermocht, für den Fall, in dem einer der beteiligten Staaten einem seiner anderen Bündnispartner gegen einen deutschen Angriff zu Hilfe eilen muss. Es geht natürlich weniger um die Entscheidung in dem recht unwahrscheinlichen Falle eines deutschen Angriffes, als um die politischen und strategischen Bindungen der Verhandlungspartner im Westen und im Osten.

Fortschreitende Politisierung der französischen Gewerkschaften

(Eigenbericht), A.F. Paris, 25. 10.

Der Allgemeine französische Gewerkschaftsbund (C.G.T.) gleitet unter seiner kommunistischen Führung immer mehr ins politische Fahrwasser ab. Seine kommunistischen Führer lassen sich von ihrer Absicht, die Gewerkschaften zu einem Werkzeug ihrer Politik zu machen, nicht abbringen, obwohl die Arbeiter immer wieder ihre Missbilligung dadurch zum Ausdruck bringen, dass sie sogenannte autonome, von der C.G.T. unabhängige und betont unpolitische Gewerkschaften gründen. Diese Abfallbewegung nimmt stets an Umfang zu, und es ist durchaus nicht ausgeschlossen, dass der sozialistische Flügel der C.G.T. in nächster Zukunft die sogenannte Einheitsgewerkschaft geschlossen verlässt.

Zwei Beispiele mögen die politische Färbung und Stellungnahme der C.G.T. erläutern. Die Leitung der Gewerkschaften hat gegen das Genfer Zoll- und Handelsabkommen protestiert, weil es eine Gefahr für die französische Unabhängigkeit und sogar für den Frieden sei, da es angeblich den Vereinigten Staaten eine zu starke Vorrangstellung einräumt. Die Pariser Gewerkschaftsleitung hat eine völlige Änderung der Regierungspolitik, sowohl im Innern wie nach Aussen, verlangt und ausserdem in ziemlich eindeutiger Form den Wunsch nach einer Regierungsbeteiligung der Kommunisten ausgesprochen.

Die hessische Situation

(Eigenbericht) H., Frankfurt/M., 28.10.47

Das Parteistatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands schreibt die Bildung von Parteibezirken vor. Von der Schaffung besonderer Landesorganisationen wurde abgesehen, da die Form der gegenwärtigen Länder von den Besatzungsmächten gebildet wurde und ebenso wie die Zonengrenzen, noch keine demokratische Bestätigung erfahren hat. Hätte die SPD die Schaffung von selbständigen Organisationen in ihrem Parteistatut aufgenommen, so wären damit die Länder in ihrer jetzigen Gestalt auf längere Sicht von der SPD sanktioniert worden.

Hessen wurde nach dem Organisationsstatut der SPD in die Bezirke Hessen-Süd (Frankfurt) und Hessen-Nord (Kassel) eingeteilt. Die auf dem Bezirksparteitag gewählten Bezirksvorstände bestimmten die vier Verstandsmitglieder, die sich insbesondere mit landespolitischen Fragen gefassen sollten. Bald wurde es aber notwendig, einen aktionsfähigen, rein politischen Landesvorstand zu schaffen, der dem Sitz der Regierung in Wiesbaden nahe und jederzeit bei wichtigen politischen Begebenheiten verfügbar ist.

Aus diesem Grunde trat der Landesausschuss der beiden hessischen Bezirksvorstände am 15. Oktober d.J. zusammen und wählte den jetzigen Justizminister August Georg Zinn zum Landesvorstand. Neben Staatsminister Zinn hat die Landesleitung auf dessen Vorschlag den Abgeordneten Willi Knothe zum gleichberechtigten Vorsitzenden gewählt. Diese Regelung gilt aber als provisorisch, bis eine Landesdelegiertenkonferenz in Hessen endgültig einen Landesvorstand wählt.

Eine Meldung des Wiesbädener Korrespondenten der "Frankfurter Rundschau" besagte dahingegen, dass die Bezirksvorstände in Beisein der sozialdemokratischen Minister Willi Knothe als Landesvorsitzenden der SPD in Hessen "abgesetzt" hätten. Diese fälschliche Darstellung wurde sofort von Gegnern der SPD aufgegriffen und erstallt weiterverbreitet. So bezeichnete der Landesvorsitzende der KPD, Hessen, Walter Fisch, die Wahl eines Landesvorsitzenden durch einen Ausschuss der Bezirksvorstände als "Staatsstreich in der SPD". Gleichzeitig stellte die KPD den Fall so dar, als wenn eine Krise in der SPD in Hessen eingetreten und die Mitgliedschaft nunmehr in Koalitionsfreunde und Koalitionsfeinde aufgespalten sei.

Die Darstellung ist irreführend, die damit verbundene Absicht tritt deutlich zutage. Auf einem Parteitag der SPD Hessen-Süd am 26. Oktober d.J. in der Nähe Frankfurts sprachen die Delegierten des Bezirks Willi Knothe und den sozialdemokratischen Ministern der hessischen Regierung ausdrücklich ihr volles Vertrauen aus und ersuchten die beiden Bezirksvorstände innerhalb von sechs Wochen eine Landesdelegiertenkonferenz einzuberufen.

- - -

Verantwortlich: Peter Raunau, Hannover